

Der mutmassliche Spion, der die Staatskrise auslöste

Der Präsident eines türkischen Lobby-Vereins soll an der Uni Zürich seine Landsleute bespitzelt haben



Präsident des Schweizer Ablegers der Union Europäisch-Türkischer Demokraten: S. ist Geschäftsmann – und mutmasslicher Spion

Barnaby Skinner

Als sich S. am Mittwoch kurz vor 17 Uhr brav in die Schlange einreihete, um im türkischen Konsulat in Zürich sein «Ja» zum Referendum in die Urne einzulegen, dachte wohl niemand, dass es sich hier mutmasslich um den Mann handelt, der zwischen der Schweiz und der Türkei die grösste Staatskrise der letzten Jahre ausgelöst hat.

Der artige Wähler S., Präsident des Schweizer Ablegers der Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD), soll der Spion gewesen sein, der im Dezember während einer Erdogan-kritischen Lesung an der Universität Zürich die Teilnehmer systematisch mit einer Spiegelreflexkamera fotografiert hat, um die Bilder später mit regierungsnahen Kreisen in der Türkei zu teilen. Mehrere Personen bestätigten gegenüber der SonntagsZeitung seine Identität: Es sei S. gewesen, der die verhängnisvollen Bilder geschossen habe.

Der Vorfall löste sogar ein Strafverfahren der Bundesanwaltschaft aus. Der Bund vermutet, im Umfeld der türkischen Gemeinde in der Schweiz werde verbotener Nachrichtendienst betrieben. Auch Bundesrat Didier Burkhalter äusserte sich dazu gegenüber dem tür-

kischen Aussenminister Mevlüt Cavusoglu bei dessen Blitzbesuch in der Schweiz. Er mahnte seinen Amtskollegen «mehrfach», die «Gültigkeit des nationalen Rechts in der Schweiz» zu respektieren. Auch für Türiinnen und Türiken herrsche hierzulande Meinungsfreiheit.

S. machte einen Rückzieher und war nicht mehr erreichbar

Dass S. an der Veranstaltung in der Aula der Universität zugegen war, belegen Youtube-Videos und Bilder auf Instagram. Mit den Hinweisen der Lesungsteilnehmer hätte die Universität Beweismaterial, um wegen Spionage Anzeige zu erstatten. Das will sie gemäss Medienstelle aber nicht tun, sondern sich darauf beschränken, das Sicherheitspersonal aufzustocken und bei ähnlichen Aktionen die betreffenden Personen frühzeitig aus dem Gebäude zu weisen.

Auf Anfrage hatte S. zunächst versprochen, sich telefonisch zu den Vorwürfen zu äussern, er habe in der Aula der Universität Zürich fotografiert und die Aufnahmen in die Türkei weitergeleitet. Zum vereinbarten Termin ging S. dann allerdings nicht ans Telefon. Das tat er auch in den folgenden Tagen nicht.

Dafür meldete sich der Journalist Mehmet Cek zu Wort. Er arbeitet für türkische TV-Sender und war auch an der Lesung in der Aula der Uni Zürich zugegen. Cek will S. entlasten. «Der Mann interessierte sich nicht für die Besucher, sondern wollte die Lesung für die türkischen Medien dokumentieren», sagt Cek. Tatsächlich berichteten mehrere türkische Medien, wie S. den Erdogan-kritischen Journalisten Can Dündar, der an der Lesung geehrt wurde, nach der Veranstaltung konfrontierte.

S. lebt seit mindestens fünfzehn Jahren in der Schweiz. Im Jahre 2003 eröffnete er in Olten einen

kleinen Kebabladen: den Hammer-Imbiss. Seither ist S. in der Kebabwelt aufgestiegen. Die Sila AG, ein Halal-Schlachthof, der ihm mit zwei Schweizer und einem türkischen Kollegen gehört, liefert Fleisch im ganzen Land aus. Bei frommen Muslimen ist er beliebt, weil die Tiere religionskonform geschlachtet werden.

Nicht nur wirtschaftlich ist es S. gut gegangen. Auch politisch ist er aufgestiegen. Der Verein UETD wurde ursprünglich 2004 von Akademikern mit türkischen Wurzeln in Köln gegründet, mit dem Ziel, sich für den Integrationsprozess der Türkei in die Europäische

Union zu engagieren. Über die Jahre geriet der Verein unter den Einfluss der türkischen AKP, der heutigen Regierungspartei. Zum Anlass des zehnjährigen Bestehens des Vereins in Deutschland im Jahr 2014 reiste Präsident Erdogan höchstpersönlich zu den Feierlichkeiten an. Anwesend war auch S., der seit Gründung des Schweizer Ablegers der UETD im Jahr 2012 als dessen Präsident amtiert.

Halal-Schlachthof und politische Bilder auf Facebook

Seither ist es gang und gäbe, dass S. Spitzenvertreter der heutigen Regierungspartei AKP in der

Schweiz hofiert. Im Mai 2015 zum Beispiel zeigten Facebook-Bilder, wie er mit dem heutigen Ministerpräsidenten und AKP-Chef Binali Yildirim im Grill-Steakhouse Hünkar Ocakbasi in Aarburg AG Kebab isst. Die SonntagsZeitung berichtete.

Die Geschäftspartner von S. beim Halal-Schlachthof kennen ihn seit 2010. «Wenn es ums Geschäft geht, erleben wir unseren Kollegen als sehr fleissig», sagt einer der Geschäftspartner, der namentlich nicht genannt werden will. «Wir organisieren das Fleisch, Herr S. verkauft es. Basta.» Für seine politischen Ansichten und Aktivitäten würden sie sich nicht interessieren. «Wir haben das eine oder andere politische Bild auf Facebook gesehen. Mehr aber nicht.» Ob S. in seiner Freizeit fotografiere, wüssten sie nicht.

Die Bundesanwaltschaft wollte auf Anfrage zu den laufenden Ermittlungen zur Strafanzeige keine Angaben machen. Sollte S. tatsächlich regierungsnah Kreise mit Bildern der Teilnehmer an der Erdogan-kritischen Lesung versorgt haben, hat er in der Schweiz unbefugte politischen Nachrichtendienst betrieben. Ihm könnten bis zu drei Jahre Gefängnis drohen.

Fokus — 23

Türken befürchten, beim Telefonieren in die Heimat vom Staat abgehört zu werden

Der SonntagsZeitung liegen Fälle von türkischstämmigen Personen vor, die bei Anrufen in die Türkei feststellen, dass auf dem Empfängertelefon eine türkische Nummer statt ihrer Schweizer Nummer angezeigt wird. In einem Fall meldete sich der Kunde bei seinem Mobilfunkanbieter. Die Firma Salt beschied dem Kunden, die Abklärung sei zu komplex. Er müsse damit leben. Erst auf Anfrage der Redaktion nahm sich Salt des Falls an. «Bei Anrufen ins Ausland sind viele **Intermediäre involviert**. Als Schweizer Mobilfunkanbieter limitiert sich die Sichtbarkeit bezüglich der Kette von Intermediären jeweils nur auf den direkten Interaktionspartner», sagte die Pressestelle auf Anfrage. Mit an-

deren Worten: Salt hat keine Ahnung, was falsch läuft. Die Firma betonte, dass die falsche Rufnummernanzeige sich nicht auf die Türkei beschränke, sondern auch in anderen Ländern vorkomme. Ein Sicherheitsexperte gab an, dass dies ein Hinweis darauf sein könnte, dass **Anrufe umgeleitet und abgehört** würden. Es sei allerdings eine dilettantische Methode. Die Zielperson merke bald, dass etwas nicht stimme. Aber vielleicht sei dies das Ziel: Verunsicherung streuen. Falls dem tatsächlich so ist, geht der Plan auf. Nach eigenen Angaben vermeiden es die betreffenden Personen, bei Anrufen in die Türkei über Politik zu reden. Aus Angst, der Staat könnte mithören.

Anzeige

Pensionierung:

Wichtiges bespricht man mit dem Experten.

☎ 044 207 27 27
www.vermoegenszentrum.ch

VZ
Vermögens
Zentrum